

## Ministerpräsident Graf Taaffe d. J.

Es wird fortgewurstelt.

Graf Clam-Martinić läßt heute in den ihm noch immer ergebenen Zeitungen seine Pläne verkünden. Das Abgeordnetenhaus hat seiner Meinung nach drei wichtige Aufgaben: die Erledigung des Budgetprovisoriums, die Wahlen in die Delegationen und die Verlängerung der Mandatsdauer. Dazu, nur dazu braucht Graf Clam-Martinić eine Mehrheit und um die zu erlangen, will er das Ministerium — teilweise — parlamentarisieren. Die neue Regierung soll bis zum 30. Juni ihr provisorisches Budget bekommen, und im Herbst will sie dann sehen, was sich sonst noch tun läßt. Mit anderen Worten: Es wird fortgewurstelt, von der Erledigung einer Staatsnotwendigkeit zur anderen. Die Zwischenzeit wird mit Parlamentskriegen ausgefüllt.

Was heute in den Räumen des Abgeordnetenhauses vorgeht, ist das Traurigste, was geschehen konnte. Die Ministerstellen, die Abgeordnete hätten einnehmen sollen, um Österreich auf Grund eines Einverständnisses aller Nationen und Parteien zu regieren, werden jetzt um ein schäbiges Budgetprovisorium verwickelt und selbst wenn die Regierung im Herbst beginnen sollte, Beratungen und Verhandlungen über ein neues Nationalitätenrecht zu beginnen, was hat die Bevölkerung in Stadt und Land davon? Sie hat von der Volksvertretung ganz andere Dinge erwartet. Sie hat erwartet, daß die Volksvertretung die Rechtsicherheit der Bürger wiederherstellen, in die Kriegswirtschaft Ordnung bringen und vor allem die Stellung der Bevölkerung zum Kriege klarlegen werde. Ein Staatsmann von einigem Zuschnitt hätte aus dieser Stimmung in Österreich politisches Gold geschmiedet. Er wäre vor der Einberufung des Reichsrates vor die Parteien getreten, hätte ihnen ein Programm vorgelegt, das der Kriegsnot und Friedensstimmung des Volkes Rechnung trägt und wenn er es nur einigermaßen geschickt gemacht und sich Vertrauen zu erwerben verstanden hätte, er hätte das ganze Haus hinter sich gehabt. Statt dessen hat Graf Clam-Martinić den schweren Fehler begangen, sich mit Herrn Wolf in nationalpolitische Auseinandersetzungen einzulassen. Ihm ist denn auch das große Kunststück gelungen, daß der Sozialdemokrat Daszynski, dessen ganzes Leben ein Kampf gegen die galizischen Bezirkshauptleute war, im vollen Haus den inbrünstigen Ruf nach dem davon-gejagten galizischen Bezirkshauptmann ausstieß. Man wende hier nicht ein, daß Daszynskis sonderbares Reden und die Ausfälle der Tischechen tiefere Ursachen haben als die Ungeachtlichkeit eines Ministerpräsidenten. Es ist richtig: die krisenhaften Zustände der österreichischen Nationen haben ihren weltpolitischen Hintergrund. Aber gerade deshalb war es nicht nötig, ihnen noch eine Überdosis nationales Gift einzuzulösen. Der Staatsmann, der die Zeichen der Zeit versteht, hätte Gegengift verabreichen müssen. Dieses Gegengift ist das Programm, das der Mann und das Weib von der Straße im Herzen und auf den Lippen tragen, wenn sie sich um Speck anstellen und des Morgens auf die leeren Märkte kommen. Ein anderes Programm gibt es heute nicht. Alles andere bedeutet trostloses Fortwursteln, dreimal trostlos, weil es das Mark der Bevölkerung kostet.

Ohne dieses Gegengift wird es nicht gehen. Graf Clam-Martinić wird, wenn er Glück hat, ein Ministerium bilden und noch einige Zeit fortwursteln. Was aber dann? Je länger das Fortwursteln dauert, desto tiefer wird sich das Haus in den nationalen Sumpf bohren. Hat es einen Zweck, mit dieser sicheren Voraussicht vor Augen ein System zu stützen, das schon so oft gescheitert ist? Die Abgeordneten aller Nationen mögen sich diese Frage vorlegen, denn sie werden sich vor ihren Wählern verantworten müssen, zu einer Zeit, da die Fallfrist des 30. Juni längst vergessen sein wird. Die Wähler werden sich keinen Deut darum kümmern, daß der Graf Clam-Martinić ein Budgetprovisorium gebraucht hat. Sie werden fragen, was die Abgeordneten für die Wähler getan und warum die Herren Abgeordneten nicht einen Ministerpräsidenten auf den Schild erhoben, der sich das Programm des Mannes von der Straße zu eigen gemacht: Stellungnahme zur Friedensfrage, Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und Besserung der Kriegswirtschaft